

*Conrad, Benjamin: Umkämpfte Grenzen, umkämpfte Bevölkerung. Die Entstehung der Staatsgrenzen der Zweiten Polnischen Republik 1918-1923.*

Frank Steiner Verlag, Stuttgart 2014, 382 S., 9 Karten (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 84), ISBN 978-3-515-10908-6.

„Sieben auf einen Streich“ könnte der Titel dieses Buches auch lauten, denn exakt so viele Staatsgrenzen der Zweiten Polnischen Republik bzw. ihr Zustandekommen „erledigt“ Benjamin Conrad in seiner Dissertation, die an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz entstanden ist. Mitte der 1920er Jahre hatte Polen gemeinsame Grenzen mit Deutschland, der neu gegründeten Freien Stadt Danzig, mit den baltischen Staaten Litauen und Lettland, mit der aus Revolution und Bürgerkrieg hervorgegangenen Sowjetunion, mit Rumänien sowie mit der aus der Konkursmasse der Habsburgermonarchie entstandenen Tschechoslowakei. Eine Gesamtdarstellung dieses komplexen Grenzbildungsprozesses lag bisher nicht vor, so dass der Verfasser damit tatsächlich eine Lücke schließt. Er geht der Frage nach, wie sich dieser Vorgang „aus Perspektive der wichtigsten Regierungsakteure darstellte“ (S. 13). Dabei will Conrad die für die Grenzziehung insgesamt maßgeblichen Faktoren herausarbeiten und sie „aus einer akteurs- und entscheidungsorientierten Perspektive“ untersuchen sowie politikgeschichtlich interpretieren (S. 15).

Die Attraktion dieses recht klassischen Ansatzes sieht er darin, die Problematik gleichsam aus der Vogelperspektive umfassend und frei von den Zwängen behandeln zu können, denen ältere, meist von einem spezifischen nationalstaatlichen Standpunkt ausgehende Darstellungen unterlagen (S. 18 f.). Nicht nur „große Männer“ will er unter „Akteuren“ verstehen, sondern auch „Strukturen“ aufzeigen, „die [deren] Handeln [...] erst ermöglichten“. Dazu gehören für Conrad „Netzwerke“ und „Machtbeziehungen zwischen den Akteursgruppen“, deren Bedeutung er analysieren möchte (S. 24). In der Praxis ist dann freilich doch meist von Regierungen, Exilkomitees und führenden Politikern oder Militärs die Rede, von Premier- und Außenministern, von Botschaftern, Delegationsführern, befehlshabenden Offizieren und auch vom Völkerbund. Diesen Kreis erweitert der Verfasser nach Bedarf um beteiligte Experten und um von der Entente und ihren assoziierten Mächten bestellte Mitglieder diverser Ausschüsse, die die kleinteilige Kärnerarbeit bei den Verhandlungen verrichteten. Über sie, die Conrad nicht unbedingt schmeichelhaft „Konferenzteilnehmer der zweiten Reihe“ nennt (S. 135, 295), erföhre man gern etwas mehr, insbesondere wenn deren „Polonophilie“ als bestimmender Faktor ins Spiel gebracht wird (S. 131). Insgesamt erschließt sich der analytische Mehrwert des abstrahierenden Akteursbegriffs nicht immer. Mitunter vernebelt er Sachverhalte und vor allem Verantwortlichkeiten auch eher, als dass er sie erhellt – wenn etwa über Sabotageakte polnischer „Akteure“ gegen die alliierte Kommission in Allenstein und Marienwerder im Frühjahr 1920 berichtet wird (S. 185), wüsste der Rezensent gerne genauer, wer dort „agierte“.

Conrad legt zunächst dar, wie sich schon im Herbst 1914 abzeichnete, dass der europäische Krieg irgendeine Form polnischer Staatlichkeit wiederherstellen würde, deren Umrisse aber unscharf bleiben mussten, solange der Konflikt noch andauerte. Erst als die Waffen im Westen endlich schwiegen und eine Friedensregelung gefun-

den werden musste, offenbarte sich, wie sehr die Vorstellungen von der künftigen Gestalt Polens auch im Lager der Entente voneinander abwichen – soweit die Beteiligten entsprechende Konzepte überhaupt schon konkretisiert hatten. Gewiss war zunächst, dass es gemäß den „14 Punkten“ des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson ein unabhängiges Polen mit Zugang zum Meer auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker geben sollte. Die territorialen Maximalforderungen, die Roman Dmowski und Ignacy Paderewski in Versailles unter Bezugnahme auf die historischen Grenzen der Adelsrepublik von 1772 erhoben, gingen darüber allerdings deutlich hinaus. Die Ententemächte behielten sich in Art. 87 Abs. III des Versailler Vertrags schließlich das Recht vor, Polens Grenzen überall dort festzusetzen, wo der Friedensvertrag sie nicht schon regelte – also vor allem im Osten des neuen Staates.

Dort stand jeder territoriale Entwurf für Polen auch nach 1919 noch vor der Schwierigkeit, dass erst allmählich klar wurde, mit welchen neuen staatlichen Akteuren Einigungen über Grenzverläufe zu erzielen waren, nachdem die Herrschaft der ehemaligen Teilungsmächte in Ostmitteleuropa zusammengebrochen war. Kaum eine dieser Staatsgrenzen kam ausschließlich auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen zustande. Die meisten waren das Ergebnis mehr oder weniger massiver bewaffneter Konflikte und umkämpfter Abstimmungen. Deren Ausmaß und Intensität reichte von kleineren und punktuellen Scharmützeln mit tschechischen Truppen über die Aufstandskämpfe in Oberschlesien und eine militärische Expedition nach Litauen bis hin zu einem ausgewachsenen Krieg gegen das revolutionäre Russland. Als Ausnahme kann die Grenze mit Rumänien und, mit Einschränkungen, auch diejenige mit Lettland gelten: Der Grenzverlauf zwischen Galizien und der Bukowina wurde vereinbart, ohne dass ihm gravierende gegenseitige Ansprüche entgegenstanden; dafür zog sich seine endgültige Bestätigung bis Mitte der 1930er Jahre erstaunlich lange hin (S. 209, 288). In dem eher unbedeutenden Gebietskonflikt mit Lettland nahm Polen von einer gewaltsamen Lösung schließlich Abstand (S. 278).

So vielschichtig diese Vereinbarungen und alle anderen Auseinandersetzungen im Einzelnen waren, so klar geht aus Conrads Darstellung hervor, welche Sprengkraft den beiden gängigen polnischen Staatskonzeptionen innewohnte. Denn sowohl der meist mit Józef Piłsudski assoziierte „föderative“ Ansatz als auch die eher von den Nationaldemokraten unter Roman Dmowski favorisierte „inkorporative“ Option setzte eine erhebliche territoriale Ausdehnung nach Osten voraus. Offenbar kalkulierte aber keines dieser beiden Konzepte konkurrierende nationalstaatliche Ambitionen ein, deren Vertreter sich einer Vereinnahmung durch Polen vehement widersetzen. Ein besonders frappierendes Beispiel hierfür war Litauen, dessen Proteste gegen die militärische Inbesitznahme des Wilnagebiets mitsamt seiner als nicht verhandelbar angesehenen Hauptstadt durch Polen wirkungslos blieben (S. 259).

Conrad gelingt es mit seiner „forschenden Synthese“ (S. 291) recht gut, die Ausgangspositionen für die schließlich erfolgten Grenzfestlegungen herauszuarbeiten und die jeweiligen Besonderheiten auf dem Weg dahin darzustellen. Es ist eine Stärke der Arbeit, dass sie die Interdependenz auch solcher Grenzziehungen zeigen kann, die vordergründig nichts miteinander zu tun hatten. So beeinflusste der polnisch-

sowjetische Krieg, der im August 1920 für Polen eine günstige Wendung nahm, das Abstimmungsverhalten der Bevölkerung, die in Allenstein und Marienwerder, im Teschener Schlesien, in Arwa und der Zips über eine mögliche Zugehörigkeit zum polnischen Staat mitentscheiden sollten, zum Nachteil Polens (S. 291).

Die Dissertation stützt sich auf zahlreiche Akteneditionen der beteiligten Staaten und bezieht darüber hinaus Archivquellen vor allem aus Warschau und Moskau ein. Die Karten, die der Verfasser seinem Werk beigegeben hat, sind im Großen und Ganzen brauchbar. Allerdings leidet die Anschaulichkeit zum einen unter der uneinheitlichen grafischen Gestaltung – die Karten wurden verschiedenen einschlägigen Publikationen entnommen. Zum anderen muss sich der Betrachter wegen der diversen Grenzentwürfe, die in Grautönen eingezeichnet sind, schon mehr als ein wenig konzentrieren. Dem Autor ist daraus aber wohl kein Vorwurf zu machen, da die Herstellung eigener, auch nur teilweise farbiger Karten wahrscheinlich am Budget gescheitert wäre. Seine Arbeit zeichnet sich durch einen lektürefreundlichen Umfang aus, der bei einer etwas weniger hyperkorrekten Zitiertechnik vielleicht sogar noch etwas geringer hätte ausfallen können. Etwas getrübt wird die Lesefreude durch einige vermeidbare sprachliche Schwächen; offenbar verleitet der politikhistorische Ansatz mitunter zu einem etwas „angestaubt“ wirkenden Stil. Dass das Buch nicht unbedingt ein „Pageturner“ ist, ändert jedoch nichts daran, dass es für jeden unentbehrlich werden dürfte, der sich künftig mit der Frühphase der Zweiten Polnischen Republik befassen will.